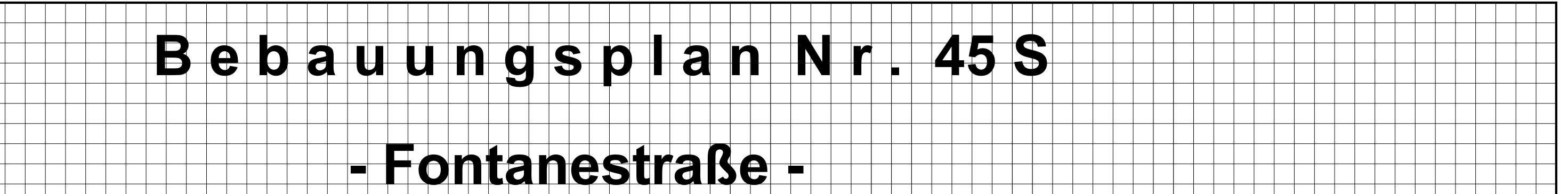
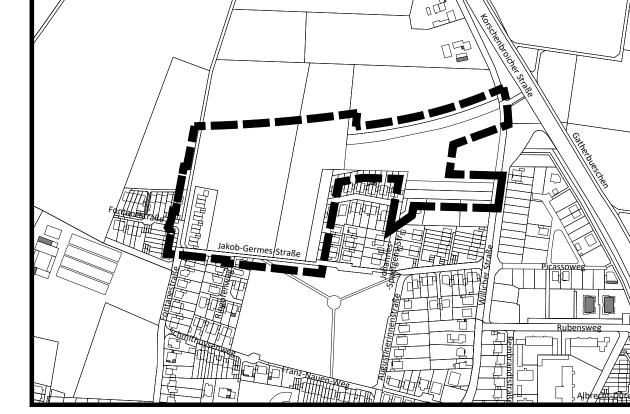
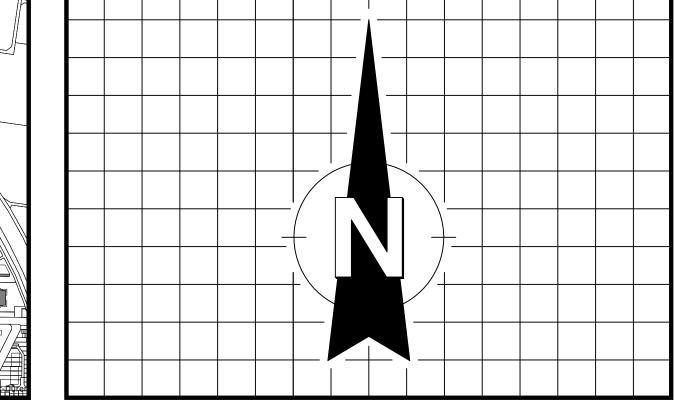
### Stadt Willich Stadtplanung



### Stadtteil Schiefbahn Gemarkung: Schiefbahn





Entlang der Landesstraße besteht eine Anbaubeschränkungszone gemäß § 25 Straßen- und Wegegesetz NRW (StrWG NRW). Di

Verkehrs auf der Landesstraße weder durch Lichteinwirkung, Dämpfe, Gase, Rauch, Geräusche, Erschütterungen und dgl. Gefährde

die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der Landestraße nicht durch Blendung oder in sonstiger Weise beeinträchtigt wird.

bedürfen Werbeanlagen, Firmennamen, Angaben über die Art von Anlagen oder sonstige Hinweise mit Wirkung zur Landesstraße

Umgang mit Bodenaushub: Bei Baumaßnahmen ist die obere Bodenschicht gemäß den einschlägigen Fachnormen getrennt vom

Verdichtungen durch geeignete Maßnahmen (geringere Mietenhöhen, Baustraßen, witterungsangepasstes Bauen) zu verhindern sind

Beginn der Baumaßnahme einschließlich Bodenarbeiten vor der Brutzeit, damit es nicht zu unbeabsichtigten Störungen während der

Erhalt aller in der Nähe stehenden Bäume und Schutzmaßnahmen für Bäume, Beachtung der DIN 18920 ZTV Baum, RAS-LP 4,

Hellenbroich möglichst im Bereich der östlich an das Plangebiet grenzenden Hausgärten. Um eine hohe Durchlässigkeit zu

5.) Berücksichtigung eines Verbindungskorridors zwischen den angrenzenden Landwirtschaftlichen Flächen und der Grünanlage

1.) Artenreiche Bepflanzung der öffentlichen Grünfläche mit heimischen Gehölzen und Verwendung von heimischen Saatgut

Auf das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen" der FGSV (Ausgabe 2023) wird hingewiesen.

Die der Planung zugrundeliegenden Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Richtlinien und DIN-Vorschriften) können bei der

Verfahrensvermerke

AMTLICHEN KATASTERNACHWEIS ÜBEREINSTIMMT. (STAND: 24.01.2023)

1. DIE DARSTELLUNG DES -GEGENWÄRTIGEN- ZUSTANDES RICHTIG IST UND MIT DEM

2. DIE FESTLEGUNG DER STÄDTEBAULICHEN PLANUNG GEOMETRISCH EINDEUTIG IST.

DER RAT DER STADT WILLICH HAT DIESEN BEBAUUNGSPLAN AM ...... GEMÄß § 10

GEMÄß § 10 ABS. 3 BAUGB IST DER SATZUNGSBESCHLUSS MIT HINWEIS DARAUF, DASS

IN DIESER BEKANNTMACHUNG WURDE EBENFALLS AUF DIE VORSCHRIFTEN DER §§ 44

Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634),

Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBI.

lanzeichenverordnung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen – Landesbauordnung 2018 - (BauO NRW 2018) in

der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch

emeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom

14. Juli 1994 (GV. NRW. S.666 ff) - SGV.NRW.2023 -, zuletzt geändert durch Art. 1 des

zuletzt geändert Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394,

S. 3786), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBI. 2023 I Nr. 176)

ABS. 3 SATZ 1 UND 2 UND ABS. 4, § 215 ABS. 1 BAUGB SOWIE § 7 ABS. 6 GO NRW

ZUSAMMENFASSENDEN ERKLÄRUNG AB DEM TAG DER BEKANNTMACHUNG ZU JEDERMANNS EINSICHT BEREITGEHALTEN WIRD, AM ...... ORTSÜBLICH BEKANNT

DER BEBAUUNGSPLAN MIT DER DAZUGEHÖRIGEN BEGRÜNDUNG UND

MIT BEKANNTMACHUNG IST DER BEBAUUNGSPLAN IN KRAFT GETRETEN.

ABS. 1 BAUGB I.V.M. §§ 7 UND 41 GO NRW ALS SATZUNG BESCHLOSSEN.

VERMESSUNGS- UND KATASTERRECHTLICHE BESCHEINIGUNG

SATZUNGSBESCHLUSS UND AUSFERTIGUNG

WILLICH, DEN .....

WILLICH, DEN .....

DER BEBAUUNGSPLAN WIRD HIERMIT AUSGEFERTIGT.

BÜRGERMEISTER

BEKANNTMACHUNG UND INKRAFTTRETEN

PLANZEICHENVERORDNUNG - PlanZV

GEMEINDEORDNUNG - GO NRW

Gesetz vom 31. Oktober 2023 (GV. NRW. S. 1172)."

Gesetzes G vom 13.04.2022 (GV. NRW. S. 490),

6.) Insekten- und fledermausfreundliche Beleuchtung mit warmweißen Leuchtmitteln mit max. 3000 Kelvin insbesondere im

einzubringen. Unvermeidbare Verdichtungen sind nach Beendigung des Vorhabens aufzulockern, Fremdkörper sind zu beseitiger

das Befahren von ungeschütztem Oberboden oder abgelagertem Boden zu vermeiden ist und

Brutzeit kommt und Vögel rechtzeitig vor der Brut einen anderen Brutplatz aufsuchen können

Stadtverwaltung Willich im Geschäftsbereich Stadtplanung, Rothweg 2, 47877 Willich eingesehen werden.

gewährleisten ist auf eine Einzäunung im Süden und im Norden zu verzichten

2.) Einhaltung allgemeiner Arbeitszeiten zwischen 8.00-18.00 Uhr

Übergangsbereich von Bebauung und freier Landschaft.

9.) Pflanzgebote im Bereich der Wohnbau- und Verkehrsflächenflächen

8.) Extensive Pflege der öffentlichen Grünflächen

12. Ver- und Entsorgungsanlagen

Ober- und Unterboden sind zur späteren Verwendung getrennt zu lagern und ggf. in ihrer ursprünglichen Reihenfolge wieder

Vorsorgender Bodenschutz im Rahmen der Bauleitplanung

Maßstab 1:500

• Die Satzung der Stadt Willich (in Kraft getreten am 18.12.2018) über die Ablösung von Stellplätzen gemäß § 48 der BauO NRW ist

Die nach § 4 Abs. 3 Nr. 1 und 3 bis 5 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen (Betriebe des Beherbergungsgewerbes, Anlagen für

• Die Satzung der Stadt Willich (in Kraft getreten am 17.04.1972) über die Beschaffenheit und Größe von Spielplätzen für Kleinkinder ist

# 38.84 39.27 Zur Orientierung wird die Verwendung von Pflanzen aus der folgenden Artenliste empfohlen (nicht abschließend). Geeignete Gehölze für Schnitthecken sind unterstrichen. Bäume 1. Ordnung (Endhöhe >20 m) Gebietseigene Herkunft Rotbuche (Fagus sylvatica)

WA Allgemeine Wohngebiete (WA 1 - 7)

(III) Zwingende Zahl der Vollgeschosse

FH<sub>max.ü,NHN</sub> | Maximale zulässige Firsthöhe

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

nur Doppelhäuser und Hausgruppen zulässig

Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abwasserbeseitigung sowie für Anlagen, Einrichtungen

und sonstige Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken

Versickerungsmulde

Wärmeversorgung

Zweckbestimmung: Parkanlage

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen, hier: Hecke Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft

--- Umgrenzung von Flächen für Stellplätze, Garagen und Nebenanlagen

GSt | Gemeinschaftsstellplätze

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

SD<sub>max</sub>45° Satteldach mit maximaler Dachneigung

DN<sub>max</sub>15° Dachneigung als Höchstmaß

Empfohlene neue Grundstücksgrenzen

z.B. • 39.08 | Eingemessene Höhen B. (69) Maßgeblicher Außenlärmpegel in 4 m Höhe, nach DIN 4109:2018 in dB (A)

Weitere Symbole siehe "Zeichenvorschrift für Katasterkarten und Vermessungsrisse in Nordrhein-Westfalen

Koordinatenliste UTM (Universal Transverse Mercator) Koordinaten

P1 328 019.78 5 680 250.06 P2 328 179.66 5 680 262.19 P3 328 015.80 5 680 294.09 P4 328 212.69 5 680 309.52

erts Butterbirne, Clapps Liebling

Schneiders Späte Knorpel, Ludwigs Frühe, Hedelfinger

Graue, Pastorenbirne, Gute Luise, Conference,

Schneiders Späte Knorpel, Ludwigs Frühe,

Hauszwetschge, Mirabelle von Nancy, Reineclaude

zweigriffl. Weißdorn (Crateagus laevigata)

Schaf-Schwingel (Festuca ovina)Walliser-Schwingel (Festuca valesiaca)

### Planzeichenerklärung

### Art der baulichen Nutzung

..B. (0,8) Geschossflächenzahl 0,4 Grundflächenzahl

GRZ 0,8 Grundflächenzahl

z.B. II Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

z.B. GR max. | Maximale zulässige Grundfläche B. GOK MAXIMAN Maximale zulässige Gebäudeoberkante

o offene Bauweise

---- Baugrenze

Straßenbegrenzungslinie

öffentliche Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

verkehrsberuhigter Bereich Ein- und Ausfahrtsbereich

Flächen für Ver- und Entsorgungsanlagen

Grünflächen öffentlich

Planungen, Nutzungsregelungen Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

auszuführen, dass sie die Anforderungen an das gesamte bewertete Bau-Schalldämm-Maß R'<sub>w.ges</sub> gemäß DIN 4109-1 (2018-01) erfüllen. Die Anforderungen an die gesamten bewerteten Bau-Schalldämm-Maße (R'<sub>w ges</sub>) der Außenbauteile von schutzbedürftigen Räumen ergeben 2.1.4 Oberirdische Gemeinschaftsgaragen und -stellplätze sich unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Raumarten (K<sub>Raumart</sub>) und des maßgeblichen Außenlärmpegels (L<sub>a</sub>) wie folgt R<sub>w.ges</sub> = L<sub>a</sub> - Oberirdische Gemeinschaftsgaragen und -stellplätze sind, ausgenommen von Zufahrten, mit einer Hecke von 0,8 m Höhe einzugrünen.  $\mathsf{K}_{\mathrm{Raumart}}$  und sind folgender Tabelle zu entnehmen:

Maßgeblicher Außen- lärmpegel (gemäß dargestellten Isophon-Linien im Plan) Lª in dB(A)	Gesamtes bewertetes Bau-Schalldämm-Maß R'w.ges in dB		
	Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsstätten, Unterrichtsräume und Ähnliches	Büroräume und Ähnli- ches	
	K Raumart = 30 dB	K Raumart = 35 dB	
60	30	30	
61	31	30	
62	32	30	
63	33	30	
64	34	30	
65	35	30	
66	36	31	
67	37	32	
68	38	33	
69	39	34	
70	40	35	
71	41	36	
72	42	37	
73	43	38	
74	44	39	
75	45	40	
76	46	41	

Der maßgebliche Außenlärmpegel La ist in der Planurkunde durch Isophon-Linien mit beigefügten dB(A) Angaben dargestellt. Zwischen zwei Beeinträchtigungen durch Fluglärm ist zu rechnen. Isophon-Linien ist jeweils der höhere Pegelwert anzunehmen. Die daraus resultierenden Bau-Schalldämm-Maße einzelner unterschiedlicher Außenbauteile oder Geschosse können unterschritten werden, wenn im Baugenehmigungsverfahren gutachterlich niedrigere maßgebliche Außenlärmpegel nachgewiesen werden. Außenwohnbereiche sind im Bereich mit Beurteilungspegeln tagsüber von > 62 dB(A) nicht zugelassen.

### Für Flächen, die im Bebauungsplan nach § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB festgesetzt werden, sind ausschließlich gebietseigene (autochthone)

Gehölze in der freien Landschaft zu verwenden, die aus dem Saatgut aus dem Vorkommensgebiet 2 "Norddeutsches Tiefland" gewonnen wurden (§ 40 Abs. 1 Satz 4 BNatschG). Ausgenommen hiervon sind Obstbaumhochstämme gemäß VII. Artenliste. 9.2 Anforderungen an die Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

9.2.2 Mindestanforderungen

- Bäume der 1. Ordnung mit einer Endhöhe ≥ 20 m: Hochstamm mit Ballen, Stammumfang: mind. 16-18 cm, mind. 3 x verpflanzt. Pflanzabstand

6. Verhalten bei der Entdeckung von Bodendenkmälern

verpflanzt. Pflanzabstand in der Regel mind. 5 m untereinander. -Sträucher: 100 - 150 cm Höhe (je nach Art und Sorte), mind. 2 x verpflanzt ohne Ballen. Pflanzabstand in der Regel 1,5 m untereinander in Gruppen von 3-5 Pflanzen je Art und Sorte. -Schnitthecken: 100 - 150 cm Höhe (je nach Art und Sorte), mind. 2 x verpflanzt ohne Ballen. Pflanzabstand in der Regel 3 Stück pro laufender

3,0 m bis 6,0 m Wandhöhe

Abschluss der Wand. Besteht eine Außenwand aus Wandteilen unterschiedlicher Höhe, so ist die Wandhöhe je Wandteil zu ermitteln. Bei

Auf den Wohnbauflächen WA 1 bis WA 5 und WA 7 ist zu pflanzen:

Die maximal zulässige Höhe der baulichen Anlagen wird durch maximal zulässige Gebäudeoberkanten sowie Trauf- und Firsthöhen festgesetzt.

In der Straßenverkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung "verkehrsberuhigter Bereich" ist je angefangene 500 m² Straßenverkehrsfläche ein

Die zusammenhängende Versorgungsfläche für "Wärmeversorgung" sowie für "Elektrizität" ist mit einer Schnitthecke von 1,80 m Höhe auf 1,0 m Breite einzugrünen. Die Eingrünung darf im Ein- und Ausfahrtsbereich auf einer Länge von bis zu 6,0 Metern unterbrochen werden. Im Bereich ssigen der Versorgungsfläche mit der Zweckbestimmung "Elektrizität" ist die Heckenhöhe auf 0,80 m Höhe zu begrenzen.

Die Versorgungsflächen zur Niederschlagswasserbeseitigung sind mit einer Schnitthecke von 1,80 m Höhe auf 1,0 m Breite einzugrünen. Die Eingrünung darf auf einer Länge von bis zu 4,0 Metern für den Zweck einer Ein- und Ausfahrt zur Straßenverkehrsfläche mit der

Die gartenseitigen Baugrenzen können zur Errichtung von Erkern und Balkonen ausnahmsweise um bis zu 2,0 m überschritten werden. Bei der Errichtung von Dächern mit maximal 15° Dachneigung sind die Dachflächen in der Größe von mindestens 60 % der Die gartenseitigen Baugrenzen können zur Errichtung von Terrassenüberdachungen und unbeheizten Wintergärten mit einem Glasanteil von

Gebäudegrundfläche zu begrünen. Für die Dachbegrünung ist eine Vegetationsschicht von mind. 6 cm zzgl. Drainschicht herzustellen.

Die nicht überbauten Decken von Tiefgaragen sind, sofern sie nicht für eine andere zulässige Verwendung genutzt werden, mit einer mindestens 0,4 m mächtigen Vegetationsschicht zuzüglich Drainschicht fachgerecht zu überdecken und gärtnerisch zu gestalten.

10. Zuordnungsfestsetzung externe Ausgleichsflächen (§ 9 Abs. 1a BauGB) Ein Überschreiten der Baugrenze ist durch nicht mehr als 1,5 m vor die Außenwand vortretende Bauteile wie Gesimse und Dachüberstände

Der erforderliche externe Ausgleich des Defizits von 11.026 Ökopunkten erfolgt durch Zuordnung zu den Sammelausgleichsflächen: Sammelausgleichsfläche Hagwinkel II: 8.700 Ökowertpunkte Auf der Fläche Gemarkung Neersen, Flur 3, Flurstück 6 ist auf einer Intensivwiese auf 2.900 m² eine Nasswiese mit Teich/ Senke hergestellt

> Sammelausgleichsfläche Hagwinkel III: 2.326 Ökowertpunkte Auf der Fläche Gemarkung Neersen, Flur 3, Flurstück 6 ist auf einer Intensivwiese und einem Intensivacker auf, 582 m² eine Feucht-/ Nasswiese mit temporär wasserführender Senke hergestellt worden.

III. Örtliche Bauvorschriften (§ 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 89 Abs. 1 BauO NRW) 1. Äußere Gestaltung baulicher Anlagen (§ 89 Abs. 1 Nr. 1 BauO NRW)

Die Grundfläche von Nebenanlagen in Form von Schuppen, Gartenhäuser oder Vergleichbarem darf insgesamt maximal 3 m² + 1 m² je

Auf den überbaubaren Grundstücksflächen muss ab einer zweigeschossigen Bauweise das oberste zulässige Nichtvollgeschoss straßenseitig

um mindestens 1,0 m hinter die Außenwandfläche des darunterliegenden Vollgeschosses zurücktreten. Vorbauten wie z.B. Balkone oder Erker sind zulässig, wenn sie insgesamt nicht mehr als ein Drittel der jeweiligen Außenwand je Geschoss in Anspruch nehmen, nicht mehr als 2,0 m vor die Außenwand vortreten und mindestens 2,0 m von der gegenüberliegenden Nachbargrenze

Freistehende (fest installierte) Werbeanlagen sind unzulässig. An den Gebäuden dürfen Werbeanlagen maximal eine projizierte Grundfläche von Vor überdachten Stellplätzen und Garagen, ausgenommen der unterirdischen Garagen, ist zur öffentlichen Verkehrsfläche ein Stauraum von 1,5 m x 1,5 m, eine maximale Höhe der unteren Kante der Werbeanlage von 5 m und keine beleuchteten Elemente aufweisen. 2. Gestaltung von Stellplätzen, der Plätze für bewegliche Abfallbehälter und der unbebauten Flächen der bebauten

Innerhalb der öffentlichen Grünflächen mit der Zweckbestimmung "Parkanlage" sind alle mit der Zweckbestimmung verbundenen baulichen

Stellplätze können auch als überdachte Stellplätze (ohne Seitenwände) mit extensiver Dachbegrünung errichtet werden. Bei Gemeinschaftsstellplatzanlagen sind die Stellplätze jeweils einheitlich zu gestalten. Kommt keine Einigung zustande, so sind lediglich die Stellplatzbefestigungen des Bodens unter Verwendung der gleichen Materialien zulässig, die bei den angrenzenden öffentlichen

> Standplätze für Abfallbehälter sind so zu gestalten, dass sie durch eine dreiseitige Umgrenzung von den Straßenverkehrsflächen nicht einsehbar sind. Zulässig ist eine Hecken- oder Strauchbepflanzung oder eine Mauer im Material der Hauptbaukörper, bis max. der Höhe der

3. Art, Gestaltung und Höhe von Einfriedungen (§ 89 Abs. 1 Nr. 5 BauO NRW)

Auf den der öffentlichen Verkehrsflächen zugewandten Grundstücksflächen sind nur folgende Einfriedungen zulässig: - Hecken, Zäune und Mauern bis 0,80 m Höhe.

Auf den der öffentlichen Verkehrsflächen nicht zugewandten Grundstücksflächen sind nur folgende Einfriedungen zulässig: - Hecken bis 1,80 m Höhe, Bei Anpflanzung ist eine Mindesthöhe von 1,25 Metern je Pflanze einzuhalten - Zäune bis 1,80 m Höhe mit einem Lochanteil von mindestens 75 % pro m² Zaunfläche und im Verbund mit einer mindestens gleich hohen Begrünung. Bei Anpflanzung der Begrünung ist eine Mindesthöhe von 1,25 Metern je Pflanze einzuhalten. Ausnahmsweise sind Einfriedungen auch auf den der öffentlichen Verkehrsfläche zugewandten Grundstücksflächen bis zur Flucht der vorderen Gebäudekante zulässig, wenn die Terrassenseite eines Wohngebäudes dieser zugewandt ist. Flechtzaunelemente bzw. Doppelstabmatten mit Zaunfolien aus Kunststoff sind nicht zulässig.

IV. Weitere nach Landesrecht begründete Festsetzungen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 44 Abs. 1 und Abs. 2 LWG) 1. Beseitigung von Niederschlagswasser auf den privaten Grundstücksflächen Das im Plangebiet auf den privaten Grundstücksflächen anfallende Niederschlagswasser ist auf den jeweiligen Grundstücken mittels einer

geeigneten Versickerungsanlage (Mulde, Rigole, Mulden-/Rigolenkombination) dem Grundwasser zuzuführen. V. Nachrichtliche Übernahmen (§ 9 Abs. 6 BauGB)

Das Plangebiet ist der geologischen Untergrundklasse T und der Erdbebenzone 1 der Bundesrepublik Deutschland zuzuordnen. Auf die DIN 4149:2005 ("Bauten in deutschen Erdbebengebieten - Lastannahmen, Bemessung und Ausführung üblicher Hochbauten") und die entsprechenden Bedeutungsbeiwerte wird hingewiesen. Entsprechende bautechnische Maßnahmen sind zu berücksichtigen.

Das Plangebiet liegt im Einzugsbereich der Trinkwassergewinnungsanlage Krefeld II innerhalb der geplanten Zone III B. 3. Kindertagesstätte Angrenzend zum Plangebiet liegt der Geltungsbereich des Bebauungsplanes 46 S - westlich Willicher Straße -. Dort wird ein Standort für eine

VI. Hinweise

Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 26.05.2004)

Kampmittelbeseitigungsdienst bei der Bezirksregierung Düsseldorf zu benachrichtigen.

Das Plangebiet liegt ca. 2.880 m nordöstlich des Flughafenbezugspunktes des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach im Bereich von Ein- und Ausflugstrecken für den Sichtflugverkehr innerhalb von dessen Kontrollzone. Mit an- und abfliegendem Sichtflugverkehr und möglichen

Aufgrund von möglichen Grundwasserbelastungen im Plangebiet ist eine erlaubnisfreie Nutzung des Grundwassers nicht zulässig. Auf die Beachtung des derzeitigen und maximal möglichen Grundwasserstandes wird für die Ausführung der Bodenplatte und

Bezüglich der Niederschlagsentwässerung wird auf folgende Punkte hingewiesen: Die Niederschlagswasserbeseitigung gemäß § 51a des Landeswassergesetzes (RdErl. D. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Die Anforderungen an die Niederschlagsentwässerung im Trennverfahren (RdErl. D. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz,

4. Freistellung von der Abwasserüberlassungspflicht

eine Höhe von 20 m über Grund übersteigen ist eine Abstimmung mit dem Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist gemäß § 15 DSchG NRW unverzüglich der Gemeinde oder dem Landschaftsverband anzuzeigen.

Luftbilder aus den Jahren 1939 - 1945 und andere historische Unterlagen liefern Hinweise auf vermehrte Kampfhandlungen im Planbereich. Insbesondere existiert ein konkreter Verdacht auf Kampfmittel bzw. Militäreinrichtungen des 2. Weltkrieges (Laufgraben und militärische Anlage). /or Beginn von Baumaßnahmen mit Eingriffen in das Erdreich ist ein Antrag auf Luftbildauswertung bei der örtlichen Ordnungsbehörde zu

Bei Entdeckung von Kampfmitteln sind unverzüglich die örtliche Ordnungsbehörde, die nächstgelegene Polizeidienststelle oder der

Bebauungsplan Nr. 45 S - Fontanestraße -

des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist,

Entwurf zur Offenlage



## Maß der baulichen Nutzung

. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB) .1 Größe der Grundflächen der baulichen Anlagen (§ 16 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO) Im Allgemeinen Wohngebiet 1 (WA1) beträgt die Obergrenze der zulässigen Grundfläche je Doppelhaushälfte bzw. Reihenhaus 60 m². 2.2 Höhe baulicher Anlagen (§§ 16 Abs. 2 Nr. 4 u. 18 BauNVO)

Schnittkante von 2 Dachflächen maßgebend.

Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 Abs. 1 BauGB i. V. m. §§ 1 bis 23 BauNVO)

.1 Ausschluss von Ausnahmen im Allgemeinen Wohngebiet (§ 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO)

Allgemeine Wohngebiete (WA1 bis WA7) (§ 4 BauNVO)

Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tankstellen) sind nicht zulässig.

Innerhalb der Allgemeinen Wohngebiete WA1 bis WA5 und WA7 ist bei Gebäuden mit Flachdach eine Überschreitung der maximal zulässigen

9.3.3 Ver- und Entsorgungsflächen durch technische Anlagen (z. B. Brüstungen oder Solaranlagen) um bis zu 1,5 m zulässig Innerhalb der Versorgungsfläche mit der Zweckbestimmung "Wärmeversorgung" ist eine Überschreitung der maximal ebäudeoberkante durch technische Anlagen (z. B. Brüstungen oder Solaranlagen) um bis zu 1 m zulässig.

1 Allgemeine Wohngebiete (WA2 bis WA7) 9.3.4 Dachbegrünung (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB) Die gartenseitigen Baugrenzen können zur Errichtung von Terrassen ausnahmsweise um bis zu 3,5 m überschritten werden.

mindestens 85% ausnahmsweise um bis zu 3,0 m überschritten werden. .1.2 Allgemeines Wohngebiet (WA1) Die gartenseitigen Baugrenzen können zur Errichtung von Terrassen ausnahmsweise um bis zu 1,0 m überschritten werden. .1.3 Allgemeine Wohngebiete (WA1 bis WA7)

3.1.4 Standorte für Rampenanlagen zu Tiefgaragen (WA1 bis WA7) Überschreitungen der geltenden Baugrenzen durch Rampenanlagen zu Tiefgaragen einschließlich ihrer Absturzsicherungen und Überdachungen sind ausnahmsweise bis zu 4,0 m zulässig.

Nebenanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB) 4.1 Zulässigkeit von Nebenanlagen (§§ 14 Abs. 1 und 23 Abs. 5 BauNVO)

Außerhalb der Baugrenzen liegende Nebenanlagen, ausgenommen der Einfriedungen, haben zur Straßenbegrenzungslinie einen Mindestabstand von 2,0 m einzuhalten. 4.1.2 Grundflächengröße

angefangener 100 m² Grundstücksfläche betragen. Das Höchstmaß dieser Nebenanlagen wird dabei im Einzelnen auf 15 m² beschränkt. Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB) 5.1 Zulässigkeit von Stellplätzen und Garagen (§ 12 Abs. 6 BauNVO) Stellplätze, überdachte Stellplätze (ohne Seitenwände) und Garagen sind nur auf den dafür festgesetzten Flächen, innerhalb der überbaubaren Vortretende Bauteile wie Gesimse und Dachüberstände dürfen bis zu 1,5 m vor der Außenwand hervortreten.

Stellplätze und Garagen, ausgenommen der unterirdischen Garagen, haben zur seitlichen Straßenbegrenzungslinie, mit Ausnahme der notwendigen Zufahrten, einen Mindestabstand von 1,0 m einzuhalten. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Pflicht zur Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie (§ 9 Abs. 1 Nr. 23b BaugB) Bei der Errichtung von Gebäuden sind Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie auf den dafür geeigneten Dachflächen zu errichten. Die Pflicht gilt auch bei vollständiger Erneuerung der Dachhaut eines Gebäudes.

2.1.2 Plätze für bewegliche Abfallbehälter Immissionsschutzmaßnahmen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB) .1 Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB) Bei der Errichtung, Erweiterung, Änderung oder Nutzungsänderung von Gebäuden sind nach außen abschließende Bauteile von 2.1.3 Unbebaute Flächen der bebauten Grundstücke schutzbedürftigen Aufenthaltsräumen nach DIN 4109 (Schallschutz im Hochbau Ausgabe Januar 2018) zum Schutz vor einwirkenden Lärm so Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind mit Ausnahme der Nebenanlagen und der notwendigen Zugänge und Zufahrten zu begrünen.

Maßgeblicher Außen-	R'w.ges in dB	
lärmpegel (gemäß dargestellten Isophon-Linien im Plan) L² in dB(A)	Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsstätten, Unterrichtsräume und Ähnliches	Büroräume und Ähnli- ches
	K Raumart = 30 dB	K Raumart = 35 dB
60	30	30
61	31	30
62	32	30
63	33	30
64	34	30
65	35	30
66	36	31
67	37	32
68	38	33
69	39	34
70	40	35
71	41	36
72	42	37
73	43	38
74	44	39
75	45	40
	+	-

### . Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sowie Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25a BauGB) 9.1 Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

Die Pflanzqualität muss den aktuell geltenden Bestimmungen der TL-Baumschulpflanzen (technische Lieferbedingungen für Aufgrund der textlichen Festsetzung (IV 1.) zur Beseitigung von Niederschlagswasser auf den privaten Grundstücksflächen werden die privaten Baumschulpflanzen) bzw. den Richtlinien für die Planung, Bau und Instandhaltungen von Dachbegrünungen 2018 der Forschungsgesellschaft Grundstücksflächen gemäß § 49 Abs. 4 S. 1 LWG NRW von der Abwasserüberlassungspflicht freigestellt. Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e.V. (FLL) entsprechen. Bäume sind anzupfählen (Doppelpfahl mit Querlattung und Bindung aus Kokosmaterial) und mit Wildverbissschutz zu versehen. Zu verwenden sind standortgerechte Gehölze. Alle festgesetzten Anpflanzungen nach

5. Höhenbegrenzung aufgrund der Flugsicherung der Bundeswehr 8.2 und 8.3 dieser Festsetzung sollen entsprechend den Empfehlungen der beigefügten Artenliste ausgeführt werden. Die entsprechenden Bei Gebäudeteilen, sonstigen baulichen Anlagen, untergeordneten Gebäudeteilen oder Aufbauten wie z.B. Antennenanlagen, die Anpflanzungen sind zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.

in der Regel mind. 10 m untereinander. - Bäume der 2. Ordnung mit einer Endhöhe > 10 m und < 20 m: Hochstamm mit Ballen, Stammumfang: mind. 14-16 cm, mind. 3x verpflanzt.

Auf das Verhalten bei der Entdeckung von Bodendenkmälern gemäß § 16 DSchG NRW und die Kostentragung nach §29 DSchG NRW wird Pflanzabstand in der Regel mind. 5 m untereinander. - Bäume der 3. Ordnung und Obstbäume mit einer Endhöhe ≥ 10 m: Hochstamm mit Ballen, Stammumfang: mind. 12-14 cm, mind. 3 x

7. Kampfmittel